



Die ganz alltägliche Fremdenfeindlichkeit

Klaus Ahlheim

Die jüngsten Wahlerfolge rechtsextremer Parteien bei den Landtagswahlen in Brandenburg und in Sachsen haben zu besorgten Reaktionen geführt, doch das öffentliche Interesse wird, so ist anzunehmen, bald nachlassen – bis zum nächsten spektakulären rechtsextremen Erfolg bzw. "Ereignis". Insgesamt wirkt die Republik gefährlich beruhigt, obwohl sich rechts-extreme, fremdenfeindliche Gewalttaten hierzulande auf hohem Niveau "stabilisiert" haben, wie der Verfassungsschutzbericht 2003 abermals zeigt, sie sind alltäglich geworden, ohne noch im Alltag zu irritieren. Fatal dabei: Fremdenfeindliche Einstellungen und Vorurteile, auf die sich rechtsextreme Gewalttäter immer wieder legitimierend berufen, sind kein Problem von gesellschaftlichen Randgruppen und Minderheiten, sie sind vielmehr in der Mitte der Gesellschaft etabliert. Die ganz "normale" Fremdenfeindlichkeit macht einen wichtigen Teil des ideologischen Umfelds aus, das den Rechtsextremismus stärkt und Rechtsextreme bisweilen auch ermutigt, ermuntert, zumindest "sicherer" macht.

Studie "Der unbequeme Fremde"

Wir haben schon 1999 in unserer Studie "Der unbequeme Fremde" auf Basis der repräsentativen ALLBUS-Daten die Verbreitung fremdenfeindlicher Einstellungen in der Gesamtbevölkerung und die Gründe und Ursachen für die Entstehung fremdenfeindlicher Vorurteile analysiert. Wir haben herausgefunden, dass 27 Prozent der West- und 41 Prozent der Ostdeutschen "deutlich" bzw. "stark" fremdenfeindlich eingestellt sind. Schon dieses Ergebnis belegt, dass fremdenfeindliche Orientierungen hierzulande nicht nur bei isolierten Randgruppen, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft anzutreffen sind. Wir haben diesen Befund weiter differenziert, u.a. nach Alter und Geschlecht, nach Parteienpräferenz und Gewerkschaftsmitgliedschaft. Das regelmäßige Ergebnis: Zwar lassen sich durchaus Bevölkerungsgruppen finden, bei denen fremdenfeindliche Orientierungen besonders stark ausgeprägt sind, gleichwohl sind fremdenfeindliche Einstellungen keineswegs auf diese Gruppen beschränkt.

Dr. Klaus Ahlheim ist Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Duisburg-Essen

"Republikaner"

So ist etwa der Anteil fremdenfeindlich eingestellter Personen unter den potentiellen Wählern der "Republikaner" (...) mit 79 Prozent weit größer als bei den Anhängern anderer Parteien, was übrigens einmal mehr belegt, dass es sich bei den "Rep"-Wählern eben nicht um reine "Protest"-, sondern durchaus um Überzeugungswähler handelt. Dennoch sind fremdenfeindliche Einstellungen nicht nur oder vor allem am rechten Rand des Wählerspektrums zu finden. Vielmehr würde die Mehrheit der fremdenfeindlich eingestellten Befragten eine der "großen Volksparteien" wählen, 34 Prozent die CDU/CSU und 29 Prozent die SPD.

Gewerkschaften

Auch unter Gewerkschaftsmitgliedern sind fremdenfeindliche Einstellungen weit verbreitet, bei den jüngeren Befragten (18-25 Jahre) im Westen sogar stärker (29 Prozent) als bei den gleichaltrigen Nichtmitgliedern (12 Prozent). Möglicherweise spiegelt sich in diesem Befund eine ausgesprochen "instrumentelle" Haltung der jüngeren Gewerkschafter wider, die von "ihrer" Gewerkschaft in erster Linie den Erhalt ihrer eigenen Reproduktionsbedingungen erwarten – und damit auch den Schutz vor "unnötiger" Konkurrenz durch ausländische Arbeitnehmer. Auch bei anderen Fragen nämlich neigen die jungen Gewerkschafter stärker zu konkurrenzorientierten als zu solidarischen Lösungen. In jedem Fall wird deutlich, dass die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft nicht vor Fremdenfeindlichkeit schützt.(...)

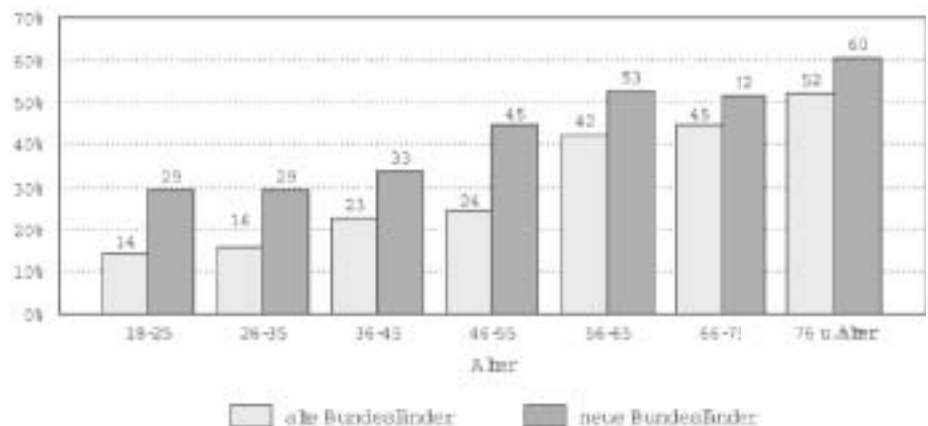
Arbeitslosigkeit

Wir haben auch untersucht, ob Arbeitslosigkeit, wie es oft zu hören ist, fremdenfeindlich macht. Dabei haben wir nicht nur die Auswirkung aktueller Arbeitslosigkeit

betrachtet, sondern die Befragten im "Erwerbsalter" (bis 65 Jahre) in insgesamt vier Gruppen aufgeteilt, die in unterschiedlicher Weise vom Problem der Arbeitslosigkeit betroffen sind: Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslos waren; Befragte, die den Verlust des Arbeitsplatzes befürchteten; Befragte, die früher einmal arbeitslos waren; alle übrigen Befragten, Personen also, die Arbeitslosigkeit weder erfahren hatten noch für die Zukunft befürchteten. Berechnet man für jede dieser Gruppen den Anteil fremdenfeindlich eingestellter Personen, dann wird deutlich, dass (drohende) Arbeitslosigkeit die Neigung zu fremdenfeindlichen Orientierungen durchaus begünstigt.

Alle Erklärungsversuche, die die Fremdenfeindlichkeit hierzulande mit einer wachsenden "Belastung" durch Migranten in Verbindung bringen wollen, laufen angesichts solcher Befunde ins Leere.

Immerhin 53 Prozent der Arbeitslosen im Osten und 37 Prozent im Westen haben eine fremdenfeindliche Einstellung. Diese Anteile liegen deutlich über denen jener Befragten, die noch nie arbeitslos waren und auch aktuell keine Arbeitslosigkeit befürchteten. Und schon die Furcht vor Arbeitslosigkeit



ANTIDISKRIMINIERUNG

keit wirkt sich aus, vor allem wieder in den neuen Bundesländern, wo 41 Prozent derer, die um ihren Arbeitsplatz fürchten, fremdenfeindlich eingestellt sind. Gleichwohl ist Fremdenfeindlichkeit damit keineswegs nur ein Problem der Arbeitslosen. Wechselt man die Blickrichtung und untersucht, wie viele der fremdenfeindlich eingestellten Personen denn tatsächlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind, erhält man ein interessantes Ergebnis: Ein großer Teil der fremdenfeindlich eingestellten Befragten im Osten (40 Prozent) und die überwiegende Mehrheit fremdenfeindlicher Personen im Westen (72 Prozent) waren noch nie arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht. Fremdenfeindliche Orientierungen, so kann man folgern, werden zwar auch durch Arbeitslosigkeit und die Furcht vor ihr begünstigt, gefördert, aktualisiert. Von Arbeitslosigkeit verursacht aber wird Fremdenfeindlichkeit so eindeutig, wie es das gängige Erklärungsmuster meint, eben nicht.

Fremdenfeindlichkeit braucht keine Ausländer

Schließlich wird deutlich: Fremdenfeindlichkeit braucht keine Ausländer. Jedenfalls kann Fremdenfeindlichkeit nicht – wie oft behauptet – von "schlechten Erfahrungen" mit Ausländern herrühren. Gerade in Regi-

onen, in denen kaum Ausländer leben, sind fremdenfeindliche Einstellungen besonders ausgeprägt. So fällt in den neuen Bundesländern der Ausländeranteil an der Bevölkerung – mit Quoten zwischen 1,2 Prozent in Thüringen und 2,4 Prozent in Brandenburg (1996) – erheblich geringer aus als in den alten. Dennoch sind fremdenfeindliche Einstellungen im Osten der Republik besonders weit verbreitet. Umgekehrt gehört etwa das Land Hamburg, das mit 16,9 Prozent den bundesweit höchsten Ausländeranteil aufweist, zu den Bundesländern mit der geringsten Fremdenfeindlichkeit.(...) Alle Erklärungsversuche, die die Fremdenfeindlichkeit hierzulande mit einer wachsenden "Belastung" durch Migranten in Verbindung bringen wollen, laufen angesichts solcher Befunde ins Leere.

Gefährlich bei alledem: Fremdenfeindliche Vorurteile und Sündenböcke werden auch "gemacht", um von den eigenen politischen Fehlern und Schwächen, von den wirklichen Ursachen und den wirklichen Verursachern ökonomisch-politischer Fehlentwicklungen, um von Arbeitslosigkeit etwa und drohendem sozialen Abstieg abzulenken.(...) Das lässt sich an den aktuellen Vorschlägen für sog. Auffanglager bzw. "Begrüßungszentren" in Afrika ebenso festmachen, wie an dem, was manche

politische Äußerung ganz nebenbei, als Kollateralschaden gewissermaßen, anrichtet. So forderte etwa – und solche Wortreihen bleiben haften – der CDU-Politiker Werner Siemann aus Nienburg, Bundeswehr und deutsche Sicherheitspolitik müssten "auch auf die Probleme und Herausforderungen der Zukunft Antworten finden, die sich mit den Schlagworten Proliferation von Massenvernichtungswaffen nuklearer, biologischer und chemischer Art sowie deren Trägersystemen, Staatsterrorismus, Migration (!) und grenzüberschreitende Kriminalität umschreiben lassen." Sensibilität für die Fremden und Anderen, für Flüchtlinge und Migration schafft solches Reden und Schreiben eher nicht.



Angesichts einer weitverbreiteten gleichgültigen bis ablehnenden Haltung gegenüber Flüchtlingen ist es alles andere als selbstverständlich, dass sich jenseits aller Trends und Widrigkeiten immer wieder Menschen finden, die sich für Flüchtlinge einsetzen. Ihr Enthusiasmus wiegt die bittere Erfahrung auf, dass Recht nicht immer Gerechtigkeit schafft.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein ist eine sehr gute Adresse, um einen individuellen Einsatz für Schutzsuchende in ein gebündeltes gesellschaftliches Engagement einzubringen. Denn wichtig ist es auch, sich nicht entmutigen zu lassen vom komplexen und verwirrenden Geflecht ausländer- und asylrechtlicher Vorschriften.

Kenntnisse und Informationen sind ebenso notwendig wie das Empfinden, helfen zu wollen. Das Netzwerk der Flüchtlingshilfe funktioniert auf der Grundlage eines gemeinsamen Bewusstseins für die Rechte von scheinbar Rechtlosen. Dem Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein ist es in bemerkenswerter Weise gelungen, dieses Bewusstsein in Wissen und Handeln zu übertragen.

**Stefan Berglund
Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars
der Vereinten Nationen in Deutschland**